

# Nachgeholter Schauprozess

Furor der Einigungsverbrechen: Yana Milev hat ihre Thesen zu den Folgen des DDR-Anschlusses zusammengefasst. **Von Arnold Schölzel**

In einem jW-Gespräch im vergangenen Jahr (siehe jW vom 13./14. Juli 2019) meinte die 1964 in Leipzig geborene, im schweizerischen St. Gallen lehrende Kultursoziologin Yana Milev: »Was im Osten Deutschlands passiert und noch immer geschieht, ermöglicht Rückschlüsse auf Entwicklungen in den neoliberalen Gesellschaften weltweit«. Die Erfahrungen der Ostdeutschen könnten »für lokale wie auch globale Krisen- und Konfliktbewältigung bedeutsam werden«.

Was sie meint, beschreibt sie in ihrem neuen Buch »Das Treuhand-Trauma. Die Spätfolgen der Übernahme« mit zum Teil drastischen Begriffen: »Kulturkatastrophe«, »Ermächtigungsgesetz« (der Volkskammer-Beschluss zum Beitritt), »Reichswissenschaft«, »Kolonialismus«, »Okkupanten«, »rückwirkende Kriegserklärung«, »neoliberale Landnahme«, »völlig blind und naiv« (die Ostdeutschen 1990), »Enteignungsvertrag« (der Einheitsvertrag) oder »verordnetes Vergessen« (anderer als kapitalistischer Gesellschaftsordnungen).

Nur in der Schweiz formuliert eine Dozentin vermutlich auch so etwas: »Mit dem Mythos der Befreiung Ostdeutschlands vom »Unrechtsstaat DDR« wird ein vertagter Schauprozess gegen den sowjetischen Sieger über die Wehrmacht von 1945 nachgeholt – eine Revanche für den Verlust der östlichen Gebiete Deutschlands«. So werde »eine ganze Erinnerungskultur delegitimiert und zum Schweigen gebracht«. Bodo Ramelow konnte der Autorin noch nicht einfallen, als sie das schrieb. Der Thüringer Ministerpräsident brachte es in seiner ersten Ansprache nach der Wiederwahl am 4. März fertig, über das »totalitäre System der DDR« zu schwärmen, aber in dem Bundesland mit den Gedenkstätten Buchenwald und »Mittelbau Dora« dem Faschisten Höcke die Möglichkeit einer Entwicklung zum »Demokraten« zuzugestehen. So werden 30 Jahre neuer Geschichtspolitik kurz zusammengefasst.



»Löschung des Landes«: Stahlarbeiter aus Eisenhüttenstadt demonstrieren für den Erhalt ihres Betriebes (Berlin, 8.11.1991)

Denn, das ist eine der zentralen Thesen Milevs, die westdeutschen »Aufarbeiter«, heißen sie nun Ramelow oder Professor soundso, bringen die Menschen in der DDR und Demokratie grundsätzlich nicht zusammen. Der Grund, so Milev über diese Sicht der Dinge: »Das Mitmarschieren gehörte seit der Kinderkrippe in der DDR zum Alltag«. Ein Land also von Mitläufern.

Mindestens in die Schweiz muss auswandern, wer anderes lehren will. In drei Abschnitten unter den Titeln »Anschluss«, »Umbau« und »Exil« beschreibt sie die gescheiterte »Transformation« der DDR. Der essayistische geschriebene erste Teil leidet allerdings unter etwas sprunghaftem Gebrauch von Begriffen, die nicht das abdecken, was richtig beschrieben wird: Wer heute von »Totalitarismus« redet, bezieht den nicht aus dem »Dezisionismus« der Weima-

rer Republik. Der bloße Gebrauch der Vokabel sichert das Auskommen. Und warum die antike »Hybris«, also »Übermut« und »Anmaßung«, nun weitere Bedeutungen wie »Grenzüberschreitung«, »anmaßende Zuschreibung«, »unzulässige Behauptung«, »Fehlzuschreibung«, »Falschbehauptung« und schließlich auch noch solche wie »Staatsräson« und »Machiavellismus« mit sich herumschleppen soll, erschließt sich nicht.

Der zweite und dritte Teil des Buches wird mehr von Daten und Fakten als Begriffskonstruktionen bestimmt. So finden sich hier Listen der von der Treuhand verschertelten oder zerschlagenen Betriebe – von VVB Altrohstoffe bis VEB Zittauer Kokosweberei, von Kombinat Carl Zeiss Jena bis zum Volkseigenen Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Leipzig. Die »Löschung des Landes, des Staates und der Gesellschaft

DDR« habe für Millionen Menschen ein Vakuum erzeugt, »zumal ihre Identifikationen mit Erinnerungskultur, Habitus und Biographie im vereinigten Deutschland fortan unerwünscht waren«. Die Autorin hält daher den Begriff »Ostdeutsche« für eine Konstruktion.

Angesichts des 30 Jahre lang gezeigten Vernichtungswillens der »Befreier«, den Milev drastisch schildert, ist es erstaunlich, dass die Verfasserin »eine Wiedergutmachung von Wendeunrecht« für möglich hält. Im Furor der Einigungsverbrechen zeigt sich wohl eher, dass die Bundesrepublik mehr war und mehr ist als eine, wie die Autorin meint, »strategische Enklave der USA«. Man hat noch viel vor.

■ Yana Milev: Das Treuhand-Trauma. Die Spätfolgen der Übernahme. Das Neue Berlin, Berlin 2020, 288 Seiten, 18 Euro

## Große Depression

Siegfried Prokop zieht eine persönliche Bilanz der »Wendejahre«

Der Historiker Siegfried Prokop hat viel zu sagen. Unermüdlich durchforstet er zeitgeschichtliche Quellen. Der völlig einseitige und immer zumindest arrogante Umgang mit der DDR beschäftigt ihn besonders. Viele seiner Bücher haben zu einem differenzierten Blick auf den anderen deutschen Staat beigetragen.

Prokop, der am 22. Februar seinen 80. Geburtstag feierte, hat nun einen voluminösen Erinnerungsband vorgelegt. Darin rekapituliert er wichtige Stationen und Weichenstellungen. Geboren in einem Dorf in Nordböhmen, wuchs er nach der Umsiedlung ab 1946 in Mecklenburg auf. Nach dem Abitur in Neubrandenburg studierte Prokop Geschichte und Germanistik an der Humboldt-Universität in Berlin und in Leningrad. Die HU, an der er später zur Zeitgeschichte forschte und lehrte, blieb, unterbrochen von Gastprofessuren in Paris (1987), Moskau (1988) und Montreal (1991) bis 1996 sein Wirkungsfeld, obwohl auch er, wie andere DDR-Hochschullehrerinnen und -lehrer, sofort »abgewickelt«

werden sollte. Diesen Einschnitt, der unmittelbar mit der »Wende« und dem Strafgericht der Sieger zu tun hatte, sieht Prokop nach der Zwangsumsiedlung aus seiner böhmischen Heimat als zweite große Zäsur seines Lebens an.

Was das konkret heißt, zeigen seine »Tagesnotizen«, die den Hauptteil des Buches ausmachen. Am 12. Dezember 1990 heißt es: »Es wird ernst. Die Universität soll abgewickelt werden. Und will sich selbst reinigen. Erneuerung gibt es wohl nur, wenn die Hochschullehrer aus dem Westen kommen. Reinsten Verdrängungswettbewerb – eine politische Frage – Szenerie der Konterrevolution.« De facto wurden Berufsverbote gegen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der DDR verhängt – in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern nahezu flächendeckend. Am 22. Februar 1991 notierte Prokop: »Ich bin jetzt 51 Jahre. Deutschland braucht mich nicht ... Die Zeitungen melden, dass 900 Mitarbeiter der Humboldt-Universität nach Hause geschickt werden. Es herrscht eine große Depression.«

Zum 31. Dezember 1991 wurde ihm gekündigt. Prokop klagte erfolgreich und musste wieder eingestellt werden. Eine unrühmliche Rolle spielte in diesem Verfahren der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler, der zum Gutachter bestellt worden war. Hatte Prokop anfänglich angesichts der wissenschaftlichen Meriten Wehlers etwas Hoffnung gehegt, musste er seinen Irrtum rasch erkennen. Der Eindruck drängte sich auf, dass Wehler wichtige Arbeiten Prokops, die den – ohnehin merkwürdigen – Vorwurf widerlegten, er sei ein reiner »Auftragshistoriker« gewesen, entweder überhaupt nicht gelesen oder ignoriert hatte. Jedenfalls warf ihm Wehler »Auftragserfüllung im Dienst der SED« vor. Hunderte »Evaluierungen« endeten damals so – es gab im Westen große Begehlichkeiten hinsichtlich der Lehrstühle an den ehemaligen DDR-Universitäten.

Als Prokop 1993 auch den zweiten Prozess gegen seine Kündigung gewann, brach die Bundesregierung mit ihrer Mehrheit im Bundestag durch-

gesetzten Verlängerung des Sonderkündigungsrechtes für das Beitrittsgebiet von zwei auf drei Jahre den Einigungsvertrag, so dass Prokops gewonnene Prozesse ihm keinen unmittelbaren Erfolg brachten. Nach einem Vergleich im Jahr 1994, in dem – vermutlich ein beinahe singulärer Vorgang – die Hochschulleitung ihre Vorwürfe gegen ihn zurücknahm, blieb er bis Ende 1996 ordentlicher Professor. Es habe keinen Grund gegeben, darüber zu jubeln, schreibt er rückblickend. Wenn Prokop eine Beschäftigte eines abgewickelten DDR-Betriebes sagen lässt, dass man den Beschäftigten nicht nur ihre Betriebe, sondern auch ihre Würde genommen habe, so zeigt er ein zentrales Problem der »Wende« auf: Sie vollzog sich nicht gesamtdeutsch, sondern ausschließlich bundesdeutsch.

Holger Czitrich-Stahl  
■ Siegfried Prokop: Betrogen von der »Wende«. Mein Leben in Böhmen, der SBZ/DDR und im Beitrittsgebiet. Tagesnotizen von 1983 bis 2003. Verlag am Park, Berlin 2020, 618 Seiten, 22 Euro

## Neu erschienen Friedensforum

Reiner Braun und Kristine Karch schreiben in der Zeitschrift des Netzwerks Friedenskooperative unter der Überschrift »Auf eine halbe Revolution folgt immer eine ganze Konterrevolution« über das aktuelle Comeback des Neoliberalismus in Lateinamerika. Sie präsentieren elf Schlussfolgerungen für die politische Linke. Die grundsätzliche Lehre aus dem Scheitern vieler linker Regierungsprojekte sei einmal mehr: »Regierungsbeteiligungen haben noch nichts mit gesellschaftlichen Veränderungen und Überwindung von Machtstrukturen zu tun«. Kathrin Vogler beschäftigt sich mit dem »Klimakiller Bundeswehr«. Schwerpunkt des Heftes sind Vergangenheit und Gegenwart der Ostermarschbewegung. Vor 60 Jahren fand in der BRD der erste Ostermarsch statt.

(jW)  
■ Friedensforum. Zeitschrift der Friedensbewegung, Jg. 33, Nr. 2/2020, 47 Seiten, 4,50 Euro, Bezug: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, E-Mail: friekoop@friedenskooperative.de

## Graswurzelrevolution

Lou Marin hat sich das »reaktionäre Gesicht« der französischen Polizeigewerkschaften näher angesehen. Nach sehr vorsichtigen Versuchen des Premiers und des Innenministers im Januar, sich von »unverhältnismäßigen« Polizeieinsätzen etwa gegen Gegner der »Rentenreform« zu distanzieren, sei ein »Aufschrei« durch die genannten Organisationen gegangen. Hier zeige sich die »reaktionäre Seite« eines Gewerkschaftsstandpunkts, der »keine Sekunde« über unmittelbare »Berufsinteressen« hinaus denke.

(jW)  
■ Graswurzelrevolution, Jg. 49/Nr. 446 + 447, 32 Seiten, 3,80 Euro, Bezug: Verlag Graswurzelrevolution, Abo und Vertrieb, Vaubanlee 2, 79100 Freiburg, E-Mail: abo@graswurzel.net

## Bulletin

Das Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten dokumentiert die Erklärung »Wir vergessen niemals den Tag des Sieges«, die von mehreren Nachfolgestaaten der UdSSR und von Serbien im Dezember 2019 in Bratislava verabschiedet wurde. Informiert wird u. a. über antifaschistische Proteste in Budapest und über die Konferenz »Faschismus – Antifaschismus in Europa heute«, die im Februar in Zagreb stattfand.

(jW)  
■ Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, Nr. 55 (März 2020), 12 Seiten, Bezug: FIR, Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin, E-Mail: office@fir.at